

MEIN ABSTIMMUNGSVERHALTEN 2011

Artikel 38 des Grundgesetzes regelt, dass Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes, nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind. Tatsächlich wird aber erwartet, dass wir Abgeordneten uns an den Mehrheitsbeschlüssen unserer Fraktion orientieren.

In Oppositionszeiten ist es nicht mehr so schwer, die eigenen Entscheidungen abzuwägen. Es liegt in der Natur der Sache, dass ich gemeinsam mit meiner Fraktion mit vielen Gesetzesentwürfen der Bundesregierung nicht übereinstimme und wir das entsprechende Gesetz gemeinsam ablehnen.

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle über die Entscheidung der Bundesregierung geschrieben, die AKW-Laufzeiten zu verlängern. Seit dem Tsunami in Fukushima im März ist alles anders. Schwarz-Gelb machte eine Rolle rückwärts und hat den Atomausstieg, den Rot-Grün ja schon längst verabschiedet hatte, wieder beschlossen. Nun bleibt zu hoffen, dass dies nicht allein aus wahltaktischen Gründen getan wurde, sondern dass die Bundesregierung die Energiewende jetzt auch konsequent vorantreibt und nicht wieder vor der Atomlobby einknickt.

Über weitere „große“ Themen wurde 2011 abgestimmt:

EINSATZ IN AFGHANISTAN: Den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan lehne ich grundsätzlich ab. Der bisherige Einsatz in Afghanistan hat sich als wenig erfolgreich erwiesen. Ich kann nicht erkennen, wie und wann durch diesen Einsatz eine erfolgreiche Überführung Afghanistans in eine selbsttragende Sicherheit möglich werden soll. Unter den herrschenden Bedingungen ist meiner Meinung nach ein geordneter Rückzug aus Afghanistan der einzige Weg aus einer ansonsten ausweglosen Situation. Deshalb habe ich im Januar gegen die Verlängerung des Mandats gestimmt.

UNIFIL-EINSATZ IM LIBANON: Hier habe ich zugestimmt. Die Bundeswehr trägt dazu bei, Waffenschmuggel über See zu verhindern. Und sie unterstützt die libanesische Regierung durch Ausbildung und Ausrüstung erfolgreich dabei, diese Aufgabe in Zukunft selbst übernehmen zu können. Deshalb habe ich der Verlängerung des Mandats im Juni 2011 zugestimmt.

UNTERIRDISCHE SPEICHERUNG VON CO₂: Es gibt viele offene Fragen in Bezug auf den generellen Einsatz der CCS-Technik. Sowohl aus Sicherheits- als auch aus Klimaschutzgründen halte ich CCS für kein Zukunftsmodell – das bestätigten auch Experten in einer Anhörung. Deshalb habe ich im Juli mit „Nein“ gestimmt.

„GLÄSERNER ABGEORDNETER“

ABGEORDNETENENTSCHÄDIGUNG: Die zu versteuernde Abgeordnetenentschädigung betrug im Jahr 2011 7.668 Euro monatlich (brutto). Nebeneinkünfte habe ich nicht. Weihnachts- oder Urlaubsgeld erhalten Bundestagsabgeordnete nicht. Eine Übersicht über alle Zuwendungen finden Sie auch hier:
www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mbd_diaeten/index.html

KOSTENPAUSCHALE: Für mandatsbezogene Ausgaben erhalten Abgeordnete eine Kostenpauschale in Höhe von ca. 3.970 Euro monatlich. Diese Pauschale ist umstritten, auch weil wir die tatsächlichen Ausgaben nicht belegen müssen. Ich teile diese Kritik. Ich verwende die gesamte Kostenpauschale für mandatsbezogene Ausgaben. Außerdem steht den Abgeordneten jährlich ein Betrag von höchstens 12.000 Euro für die Büroausstattung zur Verfügung. Im Jahr 2011 habe ich 57.685 Euro an mandatsbezogenen Ausgaben gehabt, 55.916,68 Euro waren durch die Kostenpauschale und den Topf für die Büroausstattung gedeckt. Die wesentlichen Posten sind:

- 15.237 Euro für meine Wahlkreisbüros in Rendsburg und Eckernförde. (Miete, Nebenkosten).
- 14.513 Euro Spenden und Beiträge für Vereine, Verbände.
- 9.865 Euro für Mobilität und weitere Auslagen, wenn ich als Abgeordneter unterwegs bin.
- 9.856 Euro für Porto, Büroausstattung, Telefon.
- 6.100 Euro für meine Zweitwohnung.
- 1018 Euro für Tagungen und Veranstaltungen.
- 969 Euro für Zeitungen.

MITARBEITERPAUSCHALE: Für Mitarbeiter standen mir 2011 monatlich rund 14.712 Euro, ab August 2011 rund 15.053 Euro zur Verfügung. Diese Summe erhalte ich nicht selbst, die Bundestagsverwaltung bezahlt daraus die von mir eingestellten Mitarbeiter unmittelbar. Ich beschäftigte 2011 in Berlin Anne-Katrin Fischer und Stephan Borghorst, im Wahlkreis Eva Dreger, Jörg Hamer und die studentischen Hilfskräfte Götz Borchert, Carolin Ahrens und Moritz Deutschmann.

DIÄTENERHÖHUNG: In den Jahren 2009 und 2010 und 2011 gab es keine Erhöhungen. Ich halte eine Erhöhung der Diäten auch nicht für vermittelbar, solange es nicht eine grundlegende Reform der Altersversorgung der Bundestagsabgeordneten gibt.



Sönke Rix MdB

Rechenschaftsbericht 2011

Wahlkreis: Nienstadtstr. 10 • 24768 Rendsburg
Tel. 04331-8685765 • Fax 04331-8685745
soenke.rix@wk.bundestag.de
Berlin: Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel. 030-227-77270 • Fax 030-227-76270
soenke.rix@bundestag.de
www.soenke-rix.de

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,



dies ist mein Rechenschaftsbericht für das Jahr 2011, den Sie auch auf meiner Internet-Seite www.soenkerix.de in der Rubrik „Transparenz“ lesen können. Sie finden hier kurze Stellungnahmen zu meiner persönlichen Bilanz, zu den Schwerpunkten meiner Arbeit in Berlin, zu meinem Abstimmungsverhalten und zu meiner Wahlkreisarbeit.

2011 war ein ereignisreiches Jahr. Nicht allein die Finanz- und Schuldenkrise hielt uns weiter in Atem, auch die Morde der rechtsextremistischen NSU-Terrorzelle haben uns geschockt und parlamentarisch beschäftigt.

Anfang 2011 wurden sowohl die Wehrpflicht als auch der Zivildienst ausgesetzt. Jetzt gibt es mit dem Bundesfreiwilligendienst ein neues Dienst-Format.

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen habe ich die Politik der Regierung kritisch begleitet – an der ein oder anderen Stelle wurde unsere Kritik sogar erhört. Trotzdem bleibe ich dabei: Gestalten in Regierungsverantwortung macht mehr Freude als die – leider häufige – Sisyphus-Arbeit in der Opposition.

Herzliche Grüße
Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Gaike W.".

MEINE SCHWERPUNKTE IN BERLIN

Seit Beginn meiner Abgeordnetentätigkeit bin ich Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2011 haben wir in diesem Ausschuss u.a. die Themen Aussetzung des Zivildienstes, Einführung des Bundesfreiwilligendienstes und die Weiterführung der Mehrgenerationenhäuser behandelt. Zudem hat die Koalition Ende des Jahres die Einführung eines Betreuungsgelds beschlossen. Insbesondere dieses Thema wird uns im nächsten Jahr sicherlich noch oft und kontrovers beschäftigen.

In der Arbeitsgruppe Familie der SPD-Bundestagsfraktion bin ich seit Beginn dieser Legislaturperiode stellvertretender Sprecher und verantwortlich für die Bereiche Jugend und Senioren. Außerdem bin ich im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement Obmann für die SPD-Fraktion.

2011 war ich wiederum Berichterstatter für folgende Themen:

- Freiwilligendienste
- EU-Jugendpolitik
- Bürgerschaftliches Engagement
- Beteiligung und Partizipation

Als Sprecher der Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der SPD-Fraktion setze ich mich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen dafür ein, dass die guten Programme und Projekte gegen Rechtsextremismus weiterhin finanziert und erhalten werden. Denn Prävention ist ein wichtiger Baustein im Kampf gegen den Rechtsextremismus – auch in Zeiten der sogenannten Extremismusklausel. Im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie haben wir die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert.

Am Anfang dieser Legislaturperiode wurde ich von der SPD-Bundestagsfraktion als Mitglied in die Gremien für Minderheiten des Deutschen Bundestages und des Landtages Schleswig-Holstein entsandt. Deshalb hatte ich viel mit den drohenden Kürzungen der Bundesmittel für dänische Schulen in Südschleswig zu tun. Im Laufe des Jahres habe ich mit allen Beteiligten viele Gespräche geführt. Dank unseres Drucks sind die Mittel für 2012 nun gesichert. Allerdings fehlt eine langfristige und strukturelle Absicherung nicht nur für die dänische Bildungsinfrastruktur in Südschleswig. Ein Gesamtkonzept zur langfristigen Sicherung der Minderheitenförderung in Nord- und Südschleswig im Sinne der Bonn-Kopenhagener-Erklärungen zu entwickeln, bleibt die Aufgabe für 2012 und 2013.

MEINE WAHLKREISARBEIT

INFORMATIONEN: In regelmäßigen Abständen verschicke ich per E-Mail meinen „Bericht aus Berlin“. Dies ist eine Kolumne, die in der „Eckernförder Zeitung“ erscheint und in der ich zu aktuellen politischen Fragen Stellung nehme oder mein Abstimmungsverhalten bei Abstimmungen im Deutschen Bundestag erkläre. Die Themen des „Berichts aus Berlin“ werden von der Redaktion der „Eckernförder Zeitung“ vorgegeben.

Weitere Informationen, Positionspapiere, Anträge, an denen ich beteiligt war und Pressemitteilungen von mir finden Sie auf meiner Internet-Seite www.soenkerix.de, und auch in den sozialen Netzwerken bin ich aktiv unter: facebook.de/soenkerix oder twitter.com/soenkerix.

WAHLKREISBÜROS: In meinem Büro in der Nienstadtstraße in Rendsburg und in der Ottestraße in Eckernförde arbeiten meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Außerdem biete ich dort Bürgersprechstunden an und die jeweiligen örtlichen SPD-Gliederungen und der SPD-Kreisverband haben sich ebenfalls dort eingemietet.

BESUCHERGRUPPEN: Wie in den Jahren zuvor habe ich viele Besuchergruppen aus meinem Wahlkreis in Berlin getroffen, darunter viele Schulklassen und die BPA-Gruppen, drei 50-köpfige Gruppen pro Jahr, die an drei Tagen den Politikbetrieb in Berlin kennenlernen können.

VERANSTALTUNGEN/TERMINE: Außerhalb der Sitzungswochen „bereise“ ich den Wahlkreis mit eigenen themenbezogenen Veranstaltungen („Fraktion vor Ort“), Ortsvereinsrunden und Besuchen in Gemeinden, Betrieben, Einrichtungen, bei Vereinen und Verbänden.

